

Schriften des Landtages Brandenburg Heft 2/2014

# Parlamentarische Feierstunde zur Eröffnung des neuen Landtagsgebäudes

21. Januar 2014

L A N D T A G  
B R A N D E N B U R G





# Inhalt

**05**

**Gunter Fritsch**

Präsident des Landtages Brandenburg

**09**

**Prof. Peter Kulka**

Architekt

**13**

**Gerrit Große**

Vizepräsidentin des Landtages Brandenburg; Vorsitzende der Kunst- und Ausstattungskommission

**17**

**Dr. Dietmar Woidke**

Ministerpräsident des Landes Brandenburg

**21**

**Dr. Helmuth Markov**

Minister der Finanzen des Landes Brandenburg

**25**

**Prof. Dr. Norbert Lammert**

Präsident des Deutschen Bundestages

Blick in den neuen Plenarsaal des Brandenburger Landtages zu Beginn der parlamentarischen Feierstunde.



# Gunter Fritsch

Präsident des Landtages Brandenburg



Gunter Fritsch

**S**ehr geehrter Herr Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Herr Verfassungsgerichtspräsident Möller.

Ganz besonders freue ich mich den Botschafter der USA, Seine Exzellenz Herrn Emerson, sowie den Botschafter unseres Nachbarlandes Polen Exzellenz Margański begrüßen zu dürfen.

Genauso herzlich willkommen heiße ich den Präsidenten des adscharischen Parlaments Beridze aus Georgien, den Vertreter der russischen Botschaft, den Architekten dieses Hauses, Herrn Prof. Peter Kulka, Herrn Günther Jauch sowie Georg Friedrich Prinz von Preußen.

Aus den Bundesländern zu uns gekommen sind Frau Präsidentin Sylvia Bretschneider (Mecklenburg-Vorpommern), der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Ralf Wieland und Inge Aures, Vizepräsidentin des Bayerischen Landtages. Herzlich willkommen!

Ich grüße von hier aus den ersten Präsidenten dieses Landtages, Herrn Dr. Knoblich, und den ersten Ministerpräsidenten unseres Landes, Dr. Stolpe, und

natürlich auch den zweiten – Matthias Platzeck.

Ich begrüße weiterhin in unseren Reihen Frau Prof. Dr. Sylvia Haas, die Enkelin des Vizepräsidenten des ersten frei gewählten Landtages Brandenburg und Mitbegründer der brandenburgischen CDU, Frank Schleusener, der 1950 im NKWD-Gefängnis in Potsdam ermordet wurde.

Herzlich willkommen auch einem Journalisten der ersten Stunde, Michael Mara. Im 25. Jahr der friedlichen Revolution steht auch sein Schicksal – die Flucht 1961 als Grenzsoldat – stellvertretend für viele.

Sehr geehrte Damen und Herren, in diesen Tagen erleben wir etwas Großartiges! Ein Ereignis von besonderer Bedeutung für Potsdam, für das Land Brandenburg und weit darüber hinaus. Sie wissen, ich neige nicht dazu, mich emotional hinreißen zu lassen.

Aber ich freue mich sehr, dass wir nun endlich mit der parlamentarischen

Arbeit in diesem neuen Landtagsgebäude beginnen können. Der Weg dahin war lang. Nach 22 Jahren provisorischer Unterbringung sind die Abgeordneten mit diesem Standort im wahrsten Sinne an die Bürger herangerückt.

Mit der Rekonstruktion der Fassade ist eine Wunde im Herzen der Stadt Potsdam geschlossen worden.

Nun kann man erahnen, dass sich hier einmal einer der schönsten Plätze Europas befand. Doch hinter der historischen Fassade verbirgt sich das zurzeit modernste Landtagsgebäude der Bundesrepublik, das allen funktionalen Ansprüchen an einen Parlamentssitz gerecht wird.

Somit ist aus dem Stadtschloss der preußischen Könige das Landtagsschloss der Volksvertreter des Landes Brandenburg geworden.

Am heutigen Tag ist aber auch daran zu erinnern, dass mutige Menschen 1959/1960 gegen den Abriss der Schlossruine protestierten, die demonstrativ mit einer Sprengung der Reste des Fortunaportals eingeleitet wurde. Einige von Ihnen sind heute hier. Herzlich willkommen!

Nach der friedlichen Revolution haben sich viele Bürgerinnen und Bürger Potsdams dafür eingesetzt, dass das zentrale Gebäude ihrer Stadt wieder aufersteht.

Vielen Dank an Günther Jauch, Prof. Hasso Plattner, dem wir heute zu seinem 70. Geburtstag herzlich gratulieren, und stellvertretend Jürgen Loose vom Bundesverband der Deutschen Zementindustrie und all den vielen weiteren Spendern.

*„Dieses neue (...) Landtagsgebäude (...) wird unseren Gästen aus aller Welt zeigen, dass wir uns sowohl unserer Geschichte bewusst als auch der Zukunft verpflichtet sind.“*

Mein Dank geht auch an die Stadt Potsdam, die sich gleich nach der Zeit des politischen Umbruchs an die Spitze der Bewegung gestellt hat und das Areal zum Sanierungsgebiet gemacht hat.

Das war auch ein demokratischer Prozess. Nicht immer bequem, aber das macht Demokratie eben aus: Mitbestimmung, Bürgerbeteiligung, – z. T. auch hartnäckiges – bürgerschaftliches Engagement.

Danke an all diejenigen, die dies durch ihr Engagement ermöglicht haben.

Ich danke auch den Finanzministern Wilma Simon, die sich für Potsdams neue Schlösser und Gärten und brandenburgische Kulturlandschaft stark gemacht hat, und Dagmar Ziegler.

Großen Dank an Rainer Speer, der den Neubau zur Chefsache erklärt hat, und an Dr. Helmuth Markov, der das Bauvorhaben mit Erfolg zum Abschluss gebracht hat sowie den bauausführenden Unternehmen, der BAM Deutschland AG.

Hut ab vor dem Architekten Prof. Dr. Kulka, dem es gelungen ist, uns ein funktionales Landtagsgebäude im historischen Gewand zu schaffen.

Dieser Landtag wird Mittelpunkt der parlamentarischen Willensbildung des gesamten Landes und Anziehungspunkt für Besucher aus nah und fern sein.

Mit dem neu entstandenen Otto-Braun-Platz an der Wasserseite haben wir zudem eine Stätte, die uns stets an einen aufrechten Demokraten erinnern, dessen Wirken einen wesentlichen Teil der Tradition unserer Demokratie darstellt, die wir auch heute wehrhaft gegen jede Form von Rechtsextremismus zu verteidigen haben.

Dieses neue, moderne brandenburgische Landtagsgebäude im historischen Gewand wird unseren Gästen aus aller Welt zeigen, dass wir uns sowohl unserer Geschichte bewusst als auch der Zukunft verpflichtet sind.

Vom Schlüssel des Stadtschlusses zum Transponder des Landtagsschlusses, von der Residenz der Könige zur Residenz der Ersten Gewalt unserer Demokratie.

Besonders freue ich mich über den Besuch von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert und auf seine Festrede; seit Langem kenne ich ihn als einen

unermüdlichen Kämpfer für die Rechte des Parlamentes und der Demokratie, ja auch der Minderheiten im Parlament.

Dass der Landtag ein Ort der Diskussion und Auseinandersetzung ist, wurde bereits vor seiner Eröffnung deutlich. Die Diskussion um Kunst überlagert zurzeit sämtliche Geschehnisse.

Und ob den Plenarsaal künftig ein Kunstwerk in weiß oder das Landeswappen in rot zieren wird, wie es die große Mehrheit der Brandenburger wünscht, werden letztlich die von Ihnen gewählten Abgeordneten des Landtags Brandenburg selbst regeln.

Denn einen König, der dies allein bestimmen würde, haben wir ja nicht.

Nun noch einmal zu unserem Architekten Prof. Dr. Kulka, der zur Feier des Tages vor dem Regierungschef sprechen darf. Er hat mir einmal anvertraut, dass er wegen des hohen Verschleißes für jede neue Baustelle neue Turnschuhe benötige.

Von mir bekommt er also heute als Dankeschön ein Paar neue Turnschuhe in den Landesfarben rot-weiß für seine nächste Baustelle. Und: Wenn man genau hinschaut, erkennt man auch die roten Adlerschwinge auf rotem Untergrund!



# Prof. Peter Kulka

Architekt

**M**eine sehr verehrten Damen und Herren,

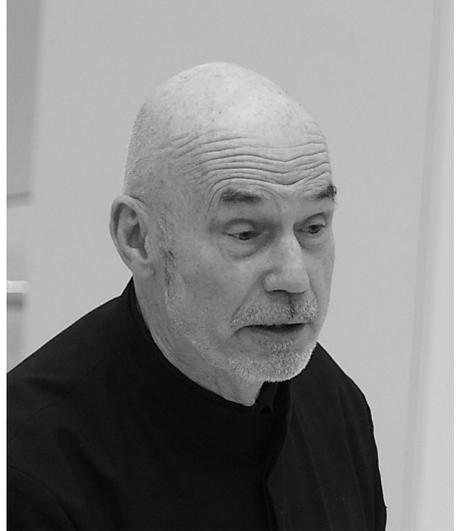
mehr als ein halbes Jahrhundert hat es gedauert, bis aus einem Un-Ort wieder ein Ort entstanden ist. Bürgerliches Engagement hat entscheidend dazu beigetragen.

Die Tage der offenen Tür haben gezeigt, dass das Haus bei den Bürgern auf breite Zustimmung stößt und angenommen ist.

Eines der schönsten städtebaulichen Ensemble Deutschlands hier am Alten Markt ist wieder erahnbar und wird neu Identität stiften.

Vieles spricht für den Landtag an diesem geschichtsträchtigen Ort. Er liegt hier im Herzen der Stadt Potsdam und ist im Guten wie im Bösen mit unserer Geschichte verbunden. Schauen wir zurück in der Geschichte, dann können wir sehen, was totalitäre Systeme an Zerstörung und Vernichtung ausrichten konnten.

Die Demokratie tut sich dagegen schwerer. Sie braucht Geduld, das kostet Zeit – 20 Jahre hat es gedauert, bis nun endlich der Landtag hier steht. In der Demokratie bedarf es einer hohen



Prof. Peter Kulka

Streitkultur. Demokratie führt eher zur Vielfalt als zur Einheitlichkeit. Die Architektur spiegelt diesen Prozess. Ich glaube, dass wir in einer Demokratie mit diesen Brüchen und der daraus resultierenden Architektur leben müssen – aber auch leben dürfen.

Diese Architektur wird nur dann Akzeptanz finden, wenn sie von hoher Qualität ist und Freiräume schafft, in denen sich die Gesellschaft weiterentwickeln kann. Dazu müssen Prozesse in Gang gesetzt werden: Einander zuhören, Kommunikation, Teamgeist, Toleranz und Kreativität sind angesagt.

Ich möchte mal kurz einfügen: Ich hätte lieber die weiße Taube von Picasso dahin gehängt als Euren Adler. Und ich hätte sie auch viel lieber fest mit dem Haus verbunden wie die früheren Bildhauer und eingeritzt in die Wände. Aber der Entscheidungsprozess dauerte zu lange und die Vertragsstrafen wären zu hoch gewesen für alle, die bauten.

Ohne Freiräume, nur von Sachzwängen bestimmt, kann Architektur nur

schlecht gedeihen. Alle Beteiligten sind hier gefordert. Eins steht fest: Nur mit einem Bauherrn, der die Aufgabenstellung klar formuliert und der Qualität erkennt, kann gute Architektur entstehen.

In Zeiten wie unserer, in der die Verunsicherung wächst, ist das Bedürfnis der Menschen zurückzublicken und die Vergangenheit zu verklären, groß. Daher rührt nicht zuletzt die Sehnsucht, Verlorenes zu rekonstruieren. Diese Rekonstruktionen werden aber nur überzeugen, wenn es gelingt, Historisches und Neues zu vereinen und wenn nötig, sinnvolle neue Nutzungen zu finden.

Vergleicht man zum Beispiel meine beiden Landtagsgebäude in den neuen Bundesländern, das erste in Dresden mit dem hier entstandenen in Potsdam, so spürt man die vergangenen 20 Jahre und den gesellschaftlichen Wandel – von einer Phase großer Offenheit und Begeisterung hin zum Gefestigten.

## *„Was in einem Haus geschieht, entscheiden allein die Menschen.“*

Dort der sich zur Elbe hin öffnende transparente Plenarsaal, hier das Parlament in der rekonstruierten historischen Schlosshülle. Hieran können wir erkennen, wie eng Architektur mit dem Wandel der Gesellschaft verbunden ist.

Ist Architektur immer auch Abbild unseres Lebens? Ich meine, dass so einfach die Frage nicht zu beantworten ist, da sich in der demokratisch gelenk-

ten Gesellschaft die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen ständig verändern und in kein Korsett zwingen lassen. Meinem Ideal entspricht eine Architektur, die ein forderndes und förderndes Abbild der Gesellschaft zeigt.

Deshalb habe ich mich gefragt, wie hier eine Balance zwischen meinem Ideal und dieser Aufgabe, wie sie hier gestellt war, gefunden werden kann, einerseits der Wunsch, das Schloss möglichst präzise in seiner Hülle wiedererstehen zu lassen, und andererseits ein zeitgenössisches Parlament innerhalb dieses eigentlich zu kleinen Rahmens zu realisieren.

Eine schwierige Aufgabe, eine spannende Aufgabe – das war das Motiv, warum ich drangeblieben bin. Die Antwort haben wir nun gegeben. Dabei haben wir uns für ein Konzept entschieden, das klar trennt zwischen weitestgehend historischen Fassaden und einem modernen Inneren.

In die rekonstruierten Fassaden wurden noch vorhandene Teile mit ihren Verletzungen integriert. Besonders zum Markt hin sind dabei ganze Partien zu sehen, an denen Geschichte ablesbar ist.

Der Eintritt ins Haus ist in Grundriss und Kubatur durch das ehemalige Knobelsdorffsche Treppenhaus zu verstehen und in einen transformatorischen Raum verwandelt. Er beherbergt die vier beschädigten Atlanten – verletzte Krieger und originale Bronzeplatten, auf denen Friedrich der Musik huldigt.

Gleichwohl ist der Raum nicht mehr rekonstruiert, sondern er zeigt durch seine Fehlstellen und die skulpturale

Wand vor der geschwungenen Treppe die Verluste und führt somit gleichzeitig in die moderne und sachliche Welt des Landtages ein, mit dem Plenarsaal hier im Herzen. Die Gestaltung ist reduziert – aber nicht nur weil die Kosten minimiert waren – und dennoch anspruchsvoll.

Ich kann diesen Widerspruch des Hauses zwischen Historie und Neuem akzeptieren, weil ich der Auffassung bin, dass es ohne Geschichte auch keine Zukunft gibt. Wir sind mit dieser Geschichte so sorgfältig wie möglich umgegangen, haben die Spuren der Geschichte sichtbar gemacht und uns selbst dabei nicht verleugnet. Ich hege die Hoffnung, dass gerade der Widerspruch verbunden mit allseitiger Toleranz zur Akzeptanz führt.

Ob Architektur den oft gestellten Anspruch, Demokratie zu verkörpern, zu leisten im Stande ist, bleibt allerdings eine Frage. Was in einem Haus geschieht, entscheiden allein die Menschen.

Gestatten Sie mir zu guter Letzt, dass ich stellvertretend für die vielen

*„Meinem Ideal entspricht eine Architektur, die ein forderndes und förderndes Abbild der Gesellschaft zeigt.“*

Beteiligten, ohne die das Werk nicht entstanden wäre, vier Frauen meinen Dank ausspreche, da Sie im besonderen Maße Anteil am Gelingen dieses Hauses haben.

Es ist dies die Vizepräsidentin und Leiterin der Kunst- und Ausstattungskommission des Landtages, Frau Gerrit Große. Es sind Marianne Kliem vom Ministerium der Finanzen, Frau Daniela Dünnemann, die Koordinatorin der BAM Deutschland, und nicht zuletzt meine Kollegin Katrin Krüger.

Frau Große, Sie hatten hohen Anteil an der Verbesserung des Arbeitsklimas und haben mit Ihrem Mut und Einsatz wesentlich zur Gestaltung des Hauses im Inneren beigetragen. Ich danke Ihnen.

Frau Kliem hat in ihrer ausgleichenden stillen Art in der Vermittlung zwischen den Welten „Kosten und Ausführung“ immer wieder Lösungen gesucht. Im Gegensatz zu ihr hat sich Daniela Dünnemann von der BAM Deutschland bei der schwierigen Aufgabe als Koordinatorin mit ihrem Temperament eingesetzt und die Architektur dabei nie verleugnet.

Meine Kollegin Katrin Krüger hat in einer Zeit, als mich fast der Mut verließ, als Quereinsteigerin in bewundernswürdiger Weise und mit ihrem Optimismus in großem Maße zum Erfolg dieses Hauses beigetragen.

Danke.



# Gerrit Große

Vizepräsidentin des Landtages Brandenburg; Vorsitzende der Kunst- und Ausstattungskommission



Gerrit Große

**S**ehr geehrter Präsident des Bundestages, Herr Lammert!  
Sehr geehrter Präsident Fritsch!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Prof. Kulka!

Verehrter Herr Friedel!

Liebe Gäste!

Sehr geehrte Exzellenzen!

Es ist vollbracht! Ab heute können wir dieses Haus nutzen zur Stärkung der Demokratie in unserem Land, zur Suche nach den besten Lösungen, als Ort der Begegnungen mit den Menschen, die uns beauftragt haben, das zu tun. Lichtdurchflutet, klar, sachlich, mit Ausblick, mit Weite, in der Form eines großen runden Tisches – dieser Plenarsaal ist Herzstück des Ganzen.

Wir haben „Demokratie gewagt“ gleich zu Beginn der Ausführungsplanung.

Der Minister der Finanzen, Herr Markov, hat das Präsidium in seiner 12. Sitzung im September 2010 um die Berufung einer Kunstkommission zur Durchführung und Begleitung des Vorhabens „Kunst am Bau“ gebeten. Der Auftrag dieser Kommission wurde dann vom Präsidium um die Aufgabe Aus-

stattung und Bemusterung erweitert. Möblierung, Ausstattung, Materialien für Sitzungs- und Beratungsräume, für Abgeordnetenbüros, für den Raum der Besinnung gehörten zu unserem Auftrag. Am 16.12.2010 gab es die konstituierende Sitzung der Kunst- und Ausstattungskommission. Mir wurde die Leitung übertragen.

Meine Damen und Herren, Sie können sich vorstellen, dass die Begegnung von Politik – Architektur – Kunst und Bau nicht ohne Reibungen verlaufen ist, dass das Konfliktpotenzial durch den Bauherrn, die BAM AG, und die Landtagsverwaltung nicht eben klein war. Dennoch haben wir sehr schnell zu einer ergebnisorientierten Arbeitsweise gefunden. Es hat sich ein Grundvertrauen aller Akteure untereinander entwickelt. Wir alle waren beseelt von dem Wunsch, an einem ästhetisch anspruchsvollen, modernen, funktionierenden Landtag in einer historischen Hülle mitzuwirken. Das hat, denke ich,

auch die anfängliche Skepsis beim Architekten, Herrn Prof. Kulka, etwas gelöst. Auch der Blick über den brandenburgischen Tellerrand nach Dresden, in den Bundestag, in den Raum der Stille im Olympiastadion in Berlin haben den Blick geöffnet und zugleich geschärft für das, was wir wollen.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei den Mitgliedern der Kunst- und Ausstattungskommission – den Abgeordneten Susanne Melior, Marie Luise von Halem, Anja Heinrich und Jens Lipsdorf – bedanken. In den 23 Sitzungen in drei Jahren haben Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Wege gesucht, Ideen aufgenommen, wieder verworfen und sich in Auseinandersetzung mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen begeben. Außer dem finanziell festgefügtten Rahmen war ja nichts wirklich festgefügt. Wir sind einen Weg gemeinsam gegangen; es war ein Wachsen und Werden. Es gab viele Abwägungen, keine Denkblockaden, auch dann nicht, wenn das Abstimmungsergebnis der Kommission nicht dem eigenen Votum entsprach.

*„Es war die Rede davon, wir hätten den Menschen etwas zugemutet. Ich sage: Wir haben ihnen etwas zugetraut.“*

Herr Professor Kulka hat uns mit seiner Leidenschaft angesteckt; er hat hartnäckig seinen Plan verfolgt und dennoch haben er und seine Mitstreiterin Frau Krüger zugehört und Pläne auch mal korrigiert. Die Zusammenarbeit mit der BAM Deutschland, der Projektgruppe beim MfD und unserer Verwaltung war so intensiv wie konstruktiv.

Mein Dank gilt auch den Fraktionsgeschäftsführerinnen und Fraktionsgeschäftsführern, die das alles mit vorbereitet haben, die uns bei unserer Arbeit unterstützt haben und einen großen Anteil daran haben, dass sich das Ergebnis sehen lassen kann. Das zumindest haben 22.000 Besucherinnen und Besucher am Wochenende bestätigt. Es wurde wenig „gemeckert“.

Ja, das Knobelsdorffsche Treppenhaus mit seiner Kuppel, mit seinen Reliefs, das wunderbare Weiß, das hier Raum greift und uns auf uns selbst zurückwirft – ich sehe Sie jetzt schon viel deutlicher als in den alten Räumen im Landtag –, ja, auch das gehören wie der Adler und die Sitzmöbel zu den Entscheidungen, die wir verantworten. Und die Debatten darum werden spannend bleiben – es hat sich ja herausgestellt, dass es eine große Suche nach Identität und eine große Lust an der Farbe Rot gibt – und es wird schon noch geredet werden, so wie auch die Kontroversen um die Kunst am Bau überhaupt schon ganz viele Debatten ausgelöst haben. Ein zweiphasiger offener Wettbewerb wurde ausgelobt, eine Jury aus Sach- und Fachpreisrichtern hat uns bei der Vorbereitung und Durchführung des Kunstwettbewerbs unterstützt. 100

Arbeiten waren eingegangen, Frau Leonie Baumann, die Rektorin der Kunsthochschule Weißensee, gilt noch einmal der Dank für ihre Leitung der Jury. Preisgerichtssitzungen, Kolloquien und schließlich die Vergabe der Leistungen haben zu einem Ergebnis geführt, dessen Umsetzung im Frühjahr zu sehen sein wird. Der 2. Preis mit dem Schriftzug „Ceci n'est pas un château“ von Anette Paul weist schon heute mit einem Augenzwinkern auf die eigentliche Nutzung dieses Schlosses hin.

Zur Ausstellung der Bilder von Lutz Friedel: Vorbilder-Nachbilder-Gegenbilder ist in den letzten Tagen in großer Heftigkeit gestritten worden. Das war eine wirkliche Bewährungsprobe am Ende unserer Arbeit für die Kommission, für den Künstler, für die Kuratorin Frau Prof. Rieger-Jähner vom Museum für Junge Kunst Frankfurt (Oder). Es war die Rede davon, wir hätten den Menschen etwas zugemutet. Ich sage: Wir haben ihnen etwas zugetraut. Und genau das haben wir am Wochenende auch

*„Wir alle waren beseelt von dem Wunsch, an einem ästhetisch anspruchsvollen, modernen, funktionierenden Landtag in einer historischen Hülle mitzuwirken.“*

widergespiegelt bekommen. Sie wird eine Herausforderung bleiben für uns alle, die wir uns der Demokratie verpflichtet haben in diesem Haus. Unsere Arbeit findet jetzt unter wunderbaren Bedingungen statt. „Der Raum ist der dritte Pädagoge“ sagen wir im pädagogischen Bereich. Es ist ein großartiges Haus. Lassen Sie es uns mit Leben erfüllen!



# Dr. Dietmar Woidke

Ministerpräsident des Landes Brandenburg

**V**erehrter Herr Bundestagspräsident,  
verehrer Herr Landtagspräsident,  
lieber Gunter Fritsch,  
verehrer Präsident a. D., lieber Herbert Knoblich,  
verehrte Ministerpräsidenten a. D. des Landes Brandenburg, lieber Manfred Stolpe, lieber Matthias Platzeck,  
meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete des Landes Brandenburg und – ich darf sie heute mal zuerst nennen – auch Abgeordnete des Bundestages, wobei wir heute auch Bundestagesabgeordnete unter uns haben, eine Bundestagsabgeordnete, wenn ich ganz exakt sein will, nämlich Dagmar Ziegler, die viele Jahre auch in diesem Brandenburger Parlament gesessen hat,  
verehrte Exzellenzen Botschafter,  
verehrer Mister Emerson, lieber Jerzy Margański,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

dass dieser Landtag auch im neuen Gebäude weiterhin ein hohes Improvisationsniveau aufzuweisen hat, haben Sie gerade an der Programmänderung gemerkt, weil viele doch etwas fragend geguckt haben. Aber ich denke, das ist



Dr. Dietmar Woidke

nicht schlecht für uns, und wir werden auch in diesem neuen Gebäude weiterhin pragmatische Lösungen für dieses Land suchen und wir werden sie auch finden.

Der heutige Tag ist ein ganz besonderer Tag – er ist ein ganz besonderer Tag für Potsdam natürlich, aber der ist auch ein ganz besonderer Tag für unser ganzes Land Brandenburg. Die Stadt Potsdam hat mit dem wieder aufgebauten Stadtschloss ihre Mitte, ich möchte noch weiter gehen, ich möchte sagen, sie hat, ihr Herz zurückgewonnen – und das allein, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ja bereits eine großartige Geschichte.

Brandenburg selber aber erhält mit dem heutigen Tag zum ersten Mal etwas, was vielen in unserer jungen Demokratie seit ihrer Gründung vor fast einem Vierteljahrhundert immer gefehlt hat: Brandenburg besitzt mit dem heutigen Tag ein Landtagsgebäude, das dem hohen Rang dieses Parlaments wirklich angemessen ist – ein Landtagsgebäude, auf

das alle Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs stolz sein können, weil es diesen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes würdig ist.

Denn wir eröffnen heute ja kein Königsschloss – auch wenn das Gebäude äußerlich so aussieht. Sondern wir eröffnen die neue demokratische Volksvertretung unseres Landes, die politische Vertretung aller Brandenburgerinnen und Brandenburger. Es ist ein wunderschönes und liebenswertes Haus für ein selbstbewusstes und lebenswertes Land.

*„Nicht nur heute, aber gerade heute haben wir alle gemeinsam in Brandenburg Grund, stolz zu sein auf unser Land!“*

Und sehr geehrter Herr Landtagspräsident Fritsch, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, es war die richtige Entscheidung, dieses „Haus des Volkes und der Demokratie“ für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, für die Brandenburgerinnen und Brandenburger vor der offiziellen Eröffnung, die am heutigen Tag stattfindet, begehrbar und erlebbar zu machen. Dafür von meiner Seite ganz, ganz herzlichen Dank.

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, es ist Ihr Haus, es ist unser aller Haus! Deshalb ist dieser Tag ein richtig guter Tag für uns alle, für das Land Brandenburg! Nicht nur heute, aber gerade heute haben wir alle gemeinsam in Brandenburg Grund, stolz zu sein auf unser Land!

Mein Dank gilt all denen, die an diesem Bau mitgewirkt haben – den Architekten, besonders natürlich Herrn Kulka, den Bauleuten, den Handwerkern sowie natürlich allen Bürgerinnen und Bürger, die sich mit Ideen oder Spenden eingebracht haben!

Und danke vor allem an die beiden großen Mäzenen dieses Bauwerks – danke an Günther Jauch, der heute hier ist, und auch an Prof. Hasso Plattner, dem auch ich an dieser Stelle ganz herzlich zu seinem 70. Geburtstag gratulieren will!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Grundlage für die Wiedergründung und den Aufstieg unseres Landes legten vor 25 Jahren die Bürgerinnen und Bürger, die sich zur friedlichen Revolution erhoben und die DDR beendeten.

Der Geist dieses Aufbruches lebt in diesem Haus weiter – er lebt nicht zuletzt in den Menschen, die unsere Politik und unser demokratisches Gemeinwesen seit 1989 geprägt haben. Und ich glaube und ich weiß, dass auch in diesem neuen Landtagsgebäude dieser Geist weiter lebendig bleiben wird.

Darum möchte auch ich einen Impuls dafür setzen, dass Politik und brandenburgische Zeitgeschichte erlebbar bleiben. Die Landesregierung wird dem historischen Doppeljubiläum „25 Jahre 1989“ und „25 Jahre Land Brandenburg“ den Stellenwert einräumen, den dieses Jubiläum oder diese Jubiläen verdienen!

Dieses und das kommende Jahr sollen deshalb unter einem ganz besonderen Motto stehen. Es lautet etwas frei nach Fontane: „25 – Am Mute hängt der Erfolg“. Der Schwerpunkt wird dabei nicht auf Mauerfall und Wiedervereinigung liegen, sondern auf all den Ereignissen und Entwicklungen, die schlussendlich zum Mauerfall und zur Wiedervereinigung geführt haben.

Den Auftakt wird schon am 7. Mai eine Veranstaltung hier in unserem neuen Landtag bilden. Dann dann wird es nämlich genau 25 Jahre her sein, dass mutige Bürgerinnen und Bürger bei

den letzten Kommunalwahlen der DDR schwere Wahlfälschungen nachgewiesen haben.

Eines ist aber auch klar: Wenn sich die Brandenburger Demokratie auf ihre Ursprünge besinnt und sich selbst feiert, dann muss das auf allen Ebenen und überall in unserem Land geschehen. Wir als Landesregierung und auch wir als Parlament können und wollen hierfür nur Impulse setzen.

Deshalb richte ich an dieser Stelle meinen Aufruf an Sie alle – an Institutionen und Vereine, Verbände und Initiativen, an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg: Werden auch Sie selber aktiv! Erzählen Sie Ihre ganz eigene Geschichte! Und tragen Sie mit eigenen Veranstaltungen zu diesem großen Jubiläum unserer Brandenburger Demokratie bei!  
Ich wünsche dem Haus Gottes Segen, Glück auf.  
Herzlichen Dank!



# Dr. Helmuth Markov

Minister der Finanzen des Landes Brandenburg



Dr. Helmuth Markov

**S**ehr geehrter Herr Präsident des Deutschen Bundestages!  
Sehr geehrter Herr Präsident des Landtages!  
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Im März 2014 jährt sich der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal und die Geschichte des Potsdamer Stadtschlusses, in dessen Nachbau wir heute den neuen Landtag eröffnen, ist sehr eng damit verbunden. Am 14. April 1945 kam der Zweite Weltkrieg, der unter einer faschistischen menschenverachtenden Ideologie geführt wurde und Millionen von Menschen das Leben gekostet hat, zurück nach Potsdam. 1.700 Tonnen Bomben sind hier abgeworfen worden, 1.500 Potsdamer haben ihr Leben gelassen, 1.000 Gebäude wurden zerstört, 60.000 Obdachlose.

Und das Stadtschloss? Bis auf die äußeren Mauern blieb davon nichts übrig. Dann kam 1959 der Beschluss des Politbüros der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, auch noch diese Reste abzureißen. Und wenn wir heute an dieser Stelle diesen Landtag einweihen, dann, glaube ich, muss man sich an diese Geschichte erinnern. Weil

es nicht nur architektonisch eine wunderbare Brücke zwischen außen historisch und innen modern ist, sondern weil dies auch die Wiederherstellung der Fassade im alten Stil mit einem demokratisch aufgebauten beschlossenen Gebäude zeigt.

Sie alle wissen – und wer die Potsdamer kennt und manche von Ihnen kennen sie besser als ich –, wie lange hier debattiert worden ist. Auch ich bekenne, dass wir in dieser, meiner eigenen Partei eher skeptisch waren, als es darum ging, ob dieser Landtag neuerrichtet werden sollte oder ob man den „Kreml“ restauriert, renoviert, was auch immer, und dass es vieler Gespräch bedurfte und letztendlich auch eines Bürgerentscheids, sich hierfür zu entscheiden: nämlich einen Landtag zu bauen in möglichst historischer Fassade, der Fassade von Knobelsdorff.

Knobelsdorff war zuerst Soldat, dann war er Landschaftsmaler, Theaterintendant, Innendekorateur und in erster Linie natürlich Architekt Friedrich II.

*„Das (...) sind Tugenden, die auch unser Handeln und Fühlen bestimmen sollten. Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit, Freiheit der Kunst (...) und Bescheidenheit in der Sache.“*

Und wenn man sich das Verhältnis des Kronprinzen und späteren Königs zu seinem Architekten anschaut, kann man feststellen, dass dies sehr unterschiedlich verlief. Zum Anfang war es eine eher harmonische, fast freundschaftliche Beziehung, dann folgten zunehmend Spannungen und zum Schluss gab es ein versöhnliches Ende. Die Geschichte der Entscheidung des Wiederaufbaus des Landtages und der Realisierung können einen relativ gut daran erinnern, was auch schon vor 260 Jahren gewesen ist.

Es ist schon gesagt worden: Die Resonanz, die dieses Gebäude bei den verschiedenen Möglichkeiten für die Menschen, sich dieses anzuschauen, gefunden hat, war enorm und hat wahrscheinlich auch die letzten Skeptiker überzeugt. Es ist richtig gewesen! Und natürlich, lieber Herr Kulka, Sie haben vollkommen Recht. Es wird immer die Debatten geben. Die einen sagen „120 Millionen ... viel zu viel Geld, hätten wir uns lieber dieses oder jenes oder das

davon finanzieren können“. Wir haben den Kostenrahmen fast eingehalten, von Grundsteinlegung bis heute nicht mal drei Jahre; das lag vielleicht auch daran, dass man vorher sehr lange debattiert hat, wo dieser Landtag entstehen soll. Aber nachdem diese Grundsatzentscheidung gefällt war, hat sich auch die Politik dran gehalten, nicht so wie beim Flughafen, wo es ein Planfeststellungsverfahren gab und dann trotzdem ein anderer Standort ausgewählt worden ist. So gesehen: Wenn Brandenburg etwas in die Hand nimmt, dann funktioniert es auch.

Ich möchte an dieser Stelle – das ist auch schon von den verschiedenen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt worden – allen danken. Man kann gar nicht aufzählen, wie viele Menschen sich hierfür in den unterschiedlichsten Zeiträumen, zu den unterschiedlichsten Momenten engagiert haben, sich eingebracht haben, durch die Initialzündung des Fortunaportals den Weg bereitet haben, durch die großzügige Spende des heutigen Geburtstagskinds. Danach wurde wirklich der historische Umriss wieder hergestellt. Herr Kulka, ich habe keinen Hut, aber ich habe unendlichen Respekt vor dieser genialen architektonischen Leistung, die Sie hier erbracht haben, ein Haus zu bauen, das während des Baues viele Debatten hervorgerufen hat und das auch jetzt wieder viele Debatten hervorgerufen wird. Und das ist gut so. Wenn wir uns erinnern, wo dieses Haus steht, nämlich in Potsdam, dann sollte es uns vielleicht auch gelingen, mit etwas mehr Offenheit und Toleranz die politischen Debatten zu führen, die nicht immer einfach sind, das will ich wohl zugestehen.

Vier moderne Bürogeschosse, 390 Büros, helle Sitzungsräume, dieser wunderschöne Plenarsaal mit 200 Besucherplätzen, und auch die Presse hat entschieden mehr Platz, als sie es im „Kreml“ gehabt hat, nämlich es passen 30 Personen rein. Es war ein spannender Prozess und ich bin dankbar, dass ich die Möglichkeit hatte, ihn wenigstens einen kleinen Zeitraum lang mitbegleiten zu können und mitbegleiten zu dürfen.

Wir sollten uns wirklich bemühen, uns ein Ereignis in Erinnerung zu rufen, weil es eine philosophische Komponente hat: Am 24. Januar 1754 – es ist also fast 260 Jahre her – verfasste Friedrich II. eine Gedenkrede auf Knobelsdorff; sie wurde in der Akademie der Wissenschaften vorgetragen. Knobelsdorff war zu diesem Zeitpunkt Ehrenmitglied, aber schon gestorben. Ich würde Ihnen gerne ein kleines Zitat daraus verlesen. „Knobelsdorff erwarb sich durch seinen lauterer und rechtschaffenen Charakter allgemeine Hochachtung. Er liebte die Wahrheit und glaubte, sie verletze niemanden. Gefälligkeit betrachtete er als Zwang und floh alles, was seine Freiheit zu beeinträchtigen schien. Man muss ihn genau kennen, um sein Verdienst voll zu würdigen. Er förderte die Talente und liebte die Künstler und ließ sich lieber selber suchen als dass er sich vordrängte.“

*„Wenn wir uns erinnern, wo dieses Haus steht, nämlich in Potsdam, dann sollte es uns vielleicht auch gelingen, mit etwas mehr Offenheit und Toleranz die politischen Debatten zu führen.“*

Man kann zu Friedrich II. stehen wie man will, aber das, was er in dieser kurzen Rede über Knobelsdorff geschrieben hat, sind Tugenden, die auch unser Handeln und Fühlen bestimmen sollten. Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit, Freiheit der Kunst – das ist ja in den letzten Tagen auch heftigst debattiert worden – und Bescheidenheit in der Sache. In dem Sinne wünsche ich Ihnen, liebe Abgeordnete, weiblicher und männlicher Natur, eine schöne Inbetriebnahme dieses genialen Hauses und ganz, ganz viele spannende Debatten.

Danke schön.



# Prof. Dr. Norbert Lammert

Präsident des Deutschen Bundestages



Prof. Dr. Norbert Lammert

**S**ehr geehrter Herr Landtagspräsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen dieses Brandenburger Landtages, Exzellenzen, verehrte Gäste,

in diesem noch jungen Jahr 2014 erinnern wir an eine Reihe von Ereignissen der europäischen Geschichte, die nicht nur unser Land nachhaltig verändert und geprägt haben: 100 Jahre sind seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vergangen, 75 Jahre seit Beginn des Zweiten Weltkrieges, 25 Jahre seit dem Fall der Berliner Mauer, 10 Jahre seit der Osterweiterung der EU und dem historischen Zusammenwachsen Europas. Die Geschichte des Potsdamer Stadtschlusses ist mit der Geschichte Preußens untrennbar verbunden, mit seinem Aufstieg und seinem Untergang. Es gehört zu den besonderen Pointen unserer Geschichte, dass die Abschaffung der Länder in der DDR unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und die demonstrative Sprengung des Potsdamer wie des Berliner Schlosses mit der mutwilligen Zerstörung der jeweiligen historischen Stadtmitte ihre ideologische Begründung im bewussten Bruch mit der Geschichte fanden, während die sowje-

tischen Machthaber gleichzeitig weiterhin vom Kreml aus regierten – also von dem Schloss aus, in dem vorher die Zaren thronen.

„Ceci n'est pas un château“ – Wir eröffnen heute nicht ein altes Schloss neu, wir feiern schon gar nicht die Wiederherstellung einer absolutistischen Monarchie, sondern das erste eigene Parlamentsgebäude in der 1.000-jährigen Geschichte Brandenburgs: ein Parlamentsgebäude, das nach einer denkwürdigen Entscheidung des brandenburgischen Landtages und mit einer bemerkenswerten Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements in den Umrissen und Aufrissen des alten Potsdamer Stadtschlusses hier an dieser historischen Stelle neu entstanden ist.

Mit „Brandenburg“ und „Landtag“ habe ich zugleich die beiden Stichworte genannt, über die ich gerne – mit herzlichem Dank für die freundliche Einladung zu diesem stolzen Anlass – zu Ihnen sprechen möchte. Zwei Themen, die uns gemeinsam angehen, den Bund wie die

Länder und ihre Parlamente allemal: nämlich den Föderalismus und den Parlamentarismus. Beide Aspekte sind für unsere Verfassungsordnung konstitutiv. Wir halten sie nicht nur für rechtlich, sondern auch politisch für völlig unverzichtbar. Und für diese beiden unaufgebbaren Festlegungen unserer Verfassungsordnung gilt bei nüchterner Betrachtung: Sie sind beide nicht sonderlich populär. Es wäre schön, wenn es anders wäre, aber es ist so. Jedenfalls lässt der nüchterne Blick auf die Realität eine andere Beurteilung schwerlich zu. Hier in Brandenburg – das zeigen Umfragen – fühlen sich dreiviertel der Menschen mit dem eigenen Land sehr verbunden. Aber hier wie anderswo identifizieren sich die meisten Menschen zuerst mit der Stadt, mit der Gemeinde, mit der engeren Heimat, in der sie leben. Danach folgen interessanterweise die Bundesebene und die Europaebene. Das Verhältnis zu den Ländern – das hat natürlich auch mit den vielfältigen Veränderungen über jahrhundertelange Prozesse zu tun ist sehr viel fragiler. Ein Viertel der Bundesbürger halten die Länder schlicht für überflüssig. Immerhin in der Hälfte aller heute existierenden Länder spricht sich die Mehrheit der Befragten für eine Fusion mit mindestens einem Nachbarland aus.

In dem Thema ist viel Musik, die sich für eine Festrede zu diesem Anlass nicht so richtig gut eignet – das ist mir rechtzeitig aufgefallen –, und deshalb schließe ich diesen dezenten Hinweis mit folgender Bemerkung ab: Dass es bei uns so viele, so unterschiedliche Städte, Regionen und Landschaften

*„Es gibt viele unzutreffende, aber auch manche berechtigte Kritik am Zustand unseres politischen Systems.“*

gibt, so viele Bräuche, Traditionen, Kulturen und Dialekte, macht im wörtlichen Sinn den Reichtum unseres Landes aus und sollte uns gelegentliche Neigungen zur Verzweiflung über Komplizierungen oder auch über Auswüchse des real existierenden Föderalismus mit Gelassenheit ertragen lassen. Da wir heute – aus gegebenem Anlass und mit Blick auf historische Ereignisse und Zusammenhänge – viel über Rekonstruktionen reden, erlaube ich mir, Kurt Biedenkopf zu zitieren. Der langjährige sächsische Ministerpräsident hat – wie ich glaube völlig zutreffend – schon vor vielen Jahren auf den Beitrag des Föderalismus im Prozess der Wiedervereinigung hingewiesen. Ohne die föderale Verfassung – so hat er damals gesagt – wäre die Verwirklichung der deutschen Einheit nach dem Fall der Mauer kaum möglich gewesen. Zitat: „Denn weder die vier früheren Siegermächte noch die neun territorialen Nachbarn Deutschlands hätten einen deutschen Zentralstaat mitten in Europa als Folge der Wiedervereinigung akzeptiert; einen Zustand, den sie jahrhundertlang zu verhindern suchten.“

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weder der

Bund noch die Länder, weder Parteien noch Parlamente, weder Regierung noch Opposition befinden sich gegenwärtig – freundlich formuliert – auf dem Höhepunkt ihres öffentlichen Ansehens. Es gibt viele unzutreffende, aber auch manche berechtigte Kritik am Zustand unseres politischen Systems. Gerade deshalb empfiehlt es sich, sorgfältig zu unterscheiden zwischen der breiten Zustimmung zur Demokratie als Staatsform und der ähnlich breiten Kritik an der Arbeit demokratischer Institutionen und den konkret stattfindenden politischen Ereignissen und Entscheidungen. Interessanterweise ist beides gleich stark ausgeprägt: Wir haben eine hohe, stabile Zustimmung zu den Grundentscheidungen unserer Verfassung, die offenkundig längst über jeden ernsthaften Disput erhaben ist. Und wir haben gleichzeitig eine hartnäckige, kritische Position und Distanz zu den Institutionen – übrigens auch zu den Personen, die in und über diese Institutionen Ämter ausüben und Aufgaben wahrnehmen. Das, was für meinen persönlichen Geschmack etwas zu häufig und meist zu voreilig als Ausweis von Politikverdrossenheit interpretiert wird, könnte auch Ausdruck eines gewachsenen Urteilsvermögens sein: dass immer mehr Menschen bereit und in der Lage sind, zwischen der grundsätzlichen Zustimmung zu einem Staat und seiner Verfassung auf der einen Seite und den Zuständen, in denen sich seine Institutionen und seine handelnden Personen befinden, zu unterscheiden. Jedenfalls ist es ja nicht ein- und dasselbe. Und mich beruhigt es eher, dass eine Gesell-

schaft, die die eigenen Ansprüche an das Verhalten, an die Arbeitsweise, an die Mandatsausübung ihrer Vertreter offenkundig eher hoch als niedrig ansetzt, aus der mal mehr und mal weniger plausiblen Kritik an bestehenden Entwicklungen und Entscheidungen eben nicht die Schlussfolgerung zieht, dass das System offenkundig nichts taugt, sondern dass im Rahmen einer gegebenen, unbestrittenen Verfassungsordnung die bestmöglichen Ereignisse erzielt werden sollten – und vielleicht auch können.

Es gibt, wie die meisten von Ihnen sicher verfolgt haben, seit geraumer Zeit eine intensive Diskussion in den Medien, auch in der Wissenschaft, über den Stellenwert von Parlamenten, insbesondere in Zeiten der Globalisierung mit all den teilweise neuen Aufgaben und Herausforderungen, mit denen sich heute Länder wie Deutschland – aber keineswegs ja nur wir – auseinandersetzen müssen. Und da gibt es eine interessante Bandbreite von Auffassungen. Diese reicht bei hoch angesehenen Repräsentanten der Wissenschaft bis hin zu aktiven und ehemaligen Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts von der förmlichen Feststellung eines „verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Verfallsprozesses“ bis hin zu der genau gegenteiligen Beobachtung, nämlich dass „der Parlamentarismus in den zurückliegenden Jahrzehnten von Erfolg zu Erfolg geeilt sei“. Was ist nun eigentlich richtig?

Ich beginne mal vorsichtig mit dem vermittelnden Vorschlag, dass die Behauptung vom unmittelbar bevorste-

henden Ableben des Parlamentarismus ebenso übertrieben ist wie die Vermutung einer unaufhaltsamen Erfolgsgeschichte. Wie auch sonst im richtigen Leben, ist bei genauem Hinsehen und nüchternem Blick die Sache nicht ganz so spektakulär wie sie sich in Berichterstattungen und gelegentlich auch in wissenschaftlichen Expertisen finden lässt. Die Realität ist im Allgemeinen eher grau als grell und die Wirklichkeit spielt sich nicht täglich in großen Ereignissen ab, sondern sie schlägt sich in der Abarbeitung von Alltagsanforderungen nieder.

*„Mit Abstand wichtiger und wirksamer als die Popularität von Politik ist ihre Glaubwürdigkeit.“*

Dabei wird man auch und gerade was die Funktion und die Leistungsfähigkeit von Parlamenten betrifft fairerweise nicht übersehen dürfen, dass die Anforderungen, denen sich Parlamente heute ausgesetzt sehen, die Landtage wie der Bundestag und das Europäische Parlament übrigens auch, nicht nur anders sind als früher, sondern höher, größer sind als früher. Ein so unverdächtig, erfahrener kluger Beobachter wie Hans-Jochen Vogel, der auf allen Ebenen unseres politischen Systems über lange Zeit herausragende Aufgaben und Ämter wahrgenommen hat – auf der kom-

munalen Ebene, der Landesebene wie der Bundesebene, der Regierungsebene hatte und über viele lange Jahre herausragende parlamentarische Funktionen –, hat gerade im Kontext dieser Frage, wie es mit der Aufgabenstellung von Parlamenten heute sei, schon vor einigen Jahren den Hinweis gegeben: Heute sei die Wahrung von Wohlstand und sozialer Sicherung bei rückläufiger Bevölkerungszahl und zunehmender Überalterung unter den Wettbewerbsbedingungen der Globalisierung eine neue und große Herausforderung, die es früher so nicht gegeben hat. Das ist zweifellos zutreffend. Die Erwartung der Öffentlichkeit im Umgang mit diesen Problemen sind allemal ausgeprägter als die tatsächlichen Gestaltungsspielräume, die sowohl bei den Regierungen als auch bei den Parlamenten regelmäßig sehr viel enger sind, als die Öffentlichkeit in den großzügigen Entwürfen erhofft und gelegentlich vermutet. Dass wir selbst gelegentlich nicht unmaßgeblich dazu beitragen, die Lücke zwischen den Erwartungen und den Möglichkeiten eher größer als kleiner zu machen, füge ich jetzt nur der Vollständigkeit halber hinzu. Große Koalitionen machen das Finden von gemeinsamen Lösungen übrigens nicht unbedingt einfacher, eher schwieriger. Große Koalitionen haben große Mehrheiten für das Durchsetzen von Lösungen, die sie aus dem gleichen Grund aber meistens nicht finden. Es ist im Übrigen auch schwer zu übersehen, dass sich die konkreten Erwartungen an Regierungen und Parlamente nicht selten wechselseitig ausschließen, weil das, was die einen für absolut dringlich

halten, die anderen für völlig unzumutbar erklären – und umgekehrt. Falls der eine oder andere von Ihnen jetzt spontan an aktuelle rentenpolitische Debatten denkt oder an Implikationen der Energiewende mit den jeweils kurz-, mittel- und langfristigen Wirkungen, soll mir das recht sein, aber Sie werden verstehen, dass ich das jetzt nicht weiter vertiefe. Jedenfalls: Weil gleichzeitig mit Hartnäckigkeit unterschiedlichste Erwartungen verfolgt werden, die sich wechselseitig ausschließen, wird nicht selten durch Festhalten an gewohnten Verhältnissen und liebgewonnenen Besitzständen genau die Veränderung verhindert, deren Ausbleiben die Wähler anschließend Parteien, Parlamenten und Regierung vorwerfen.

Parlamente, meine Damen und Herren, müssen lernfähig sein, Regierungen selbstverständlich auch, und für die Parteien gilt das ganz gewiss. Sie sollten aber nicht wankelmütig sein. Mit Abstand wichtiger und wirksamer als die Popularität von Politik ist ihre Glaubwürdigkeit. Was die Politik an Glaubwürdigkeit verliert, wodurch auch immer, durch Wankelmütigkeit, durch Wortbruch, durch Gleichgültigkeit, durch Beliebigkeit, kann sie an Popularität weder gewinnen noch ausgleichen. Und deswegen sollten wir alle – nicht nur die Politiker, aber Politiker ganz gewiss – möglicherweise bescheidener in unseren Ankündigungen werden, dafür aber anspruchsvoller in den Zielen und mutiger in den Entscheidungen. Streit ist im Übrigen nicht nur erlaubt, sondern im Ringen um die beste Lösung unverzichtbar. Es ist ein hartnäckiges Missverständnis,

Demokratie für ein Verfahren zur Verhinderung von Streit zu halten. Das genaue Gegenteil ist richtig. Die Demokratie ist das – bislang jedenfalls – bestmögliche Verfahren zum zivilisierten Austragen unterschiedlicher Auffassungen, Meinungen und Interessen und zur Herbeiführung eines Ergebnisses, das für alle verbindlich ist. Das ist der Gegenstand von Demokratie. Deswegen sollte dieser Streit – wenn eben möglich – an der Sache orientiert sein sowie Diffamierungen und Übertreibungen vermeiden. Dass ein beachtlicher Teil des politischen Entscheidungsprozesses nicht auf der Vorderbühne, sondern in den Kulissen stattfindet, ist für viele Beobachter ein Ärgernis. Es ist aber oft die Voraussetzung dafür, dass Kompromisse überhaupt möglich werden, die zu den größten Errungenschaften der Menschheit gehören. Eine Gesellschaft, die nicht mehr kompromissfähig ist, wäre weder eine humane noch eine freiheitliche Gesellschaft.

Also muss ein politisches System, das sich von seinem Grundverständnis her als Ordnungsrahmen einer freiheitlichen Gesellschaft versteht, die Voraussetzungen dafür schaffen und erhalten, dass Kompromisse möglich bleiben oder möglich werden. Der wichtigste Platz für das Suchen und Finden von Kompromissen ist das Parlament und in dieser Funktion von anderen denkbaren, beispielsweise plebiszitären Formen der Willensbildung unersetzbar, die genau dies regelmäßig nicht, schon gar nicht in einer vergleichbaren Weise leisten können.

Die Aufgaben der Parlamente haben sich nicht nur in Deutschland in den ver-

gangenen Jahren und Jahrzehnten gewandelt. Sie sind in dieser Veränderung aber nicht weniger wichtig und nicht geringer geworden – das gilt im innerstaatlichen Verhältnis wie im europäischen Zusammenhang. Es gilt im Übrigen auch für das Verhältnis von Bund und Ländern. Man mag gegenüber den Ergebnissen der berühmt berüchtigten Föderalismusreform manche Vorbehalte haben – auch mir fallen da wiederum einige Punkte ein, die sich für die Festrede nicht so richtig eignen. Aber dass diese Föderalismusreform die Rolle der Parlamente geschwächt hätte, kann ich beim besten Willen nicht erkennen. Durch die eindeutigere Zuweisung von Zuständigkeiten insbesondere auch von Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen und zu den jeweiligen Ebenen und die damit verbundene Stärkung auch der Rolle der Landtage als Gesetzgeber im jeweils eigenen Zuständigkeitsbereich der Länder, ist die Aufgabenstellung und Verantwortung der Parlamente gewachsen und keineswegs kleiner geworden. Ich will Ihnen allerdings unter dem Eindruck der tatsächlichen Folgen der Föderalismusreform meinen persönlichen Eindruck nicht unterschlagen, dass es vor allem unter diesem Gesichtspunkt hilfreich wäre, wenn Landesregierungen und Landtage noch tapferer der Versuchung widerständen, die Aussicht auf finanzielle Beteiligung des Bundes für noch interessanter zu halten als die Wahrnehmung eigener Zuständigkeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, dass wir in einer Gesellschaft, die so verfasst ist,



Blick in den neuen Plenarsaal des Brandenburger Landtages während der parlamentarischen Feierstunde.

wie sie ist, nicht nur Parlamente haben, sondern auch das Fernsehen, und dass nicht nur hier, sondern auch dort mal so und mal anders über Politik geredet wird, das kann man auch wieder – je nach eigener Beurteilung – für eine der Errungenschaften oder einer der Verfallssymptome unseres System halten. Jetzt kommt, Herr Jauch, die kurze Passage, wo Sie ganz tapfer sein müssen, so wie wir sonntagabends ja häufig auch. Die inzwischen hoffnungslos inflationierten Fernsehtalkshows sind jedenfalls nach meiner persönlichen Einschätzung weder immer unterhaltsam noch in der Regel politisch bedeutsam. Geredet wird dort immer viel, entschieden wird regelmäßig nichts. Entschieden wird in Parlamenten. Deshalb besteht für Minderwertigkeitskomplexe überhaupt kein Anlass. Und dass meine ganz besondere Sympathie den Kolleginnen und Kollegen gilt, die der Versuchung, sich an dieser Art von politischen Unterhaltungsformaten zu beteiligen, tapfer widerstehen, ist inzwischen hinreichend bekannt.

Unsere Parlamente, meine Damen und Herren, sind nicht immer so gut, wie sie sein könnten, sie sind auch nicht immer so selbstbewusst, wie sie gelegentlich sein sollten. Sie sind aber allemal wichtiger und einflussreicher als die meisten Sendungen und Sitzungen, die sich viel größerer öffentlicher Aufmerksamkeit erfreuen. Bei aller Neigung zur Selbstkritik fallen mir im Übrigen im historischen wie im internationalen Vergleich keine Handvoll Parlamente ein, die einen ähnlichen oder gar größeren Einfluss auf Regierungsbildung, Gesetzgebung und Bildung der öffentlichen Meinung haben als die Parlamente in Deutschland.

*„Politik kann immer nur so gut sein wie die Leute, die sich für das Gemeinwohl zur Verfügung stellen.“*

Ganz zum Schluss möchte ich eine Bemerkung zur jungen Generation machen, an deren Interesse und Engagement für viele wichtige Anliegen kein ernsthafter Zweifel erlaubt ist. Wobei wir aber auch nicht übersehen dürfen, dass das vorhin im Allgemeinen festgestellte begrenzte Vertrauen gegenüber politischen Institutionen und vor allem gegenüber Parteien bei ihr eine besonders starke Ausprägung findet. Attraktiv erscheinen für junge Leute ins-

besondere Institutionen, die mit Politik wenig und mit Parteien gar nichts zu tun haben. Das muss uns nachdenklich stimmen, denn es ist zweifellos keine Errungenschaft, und es ist auch kein Naturgesetz. Deswegen wäre es nicht nur schön, sondern dringend nötig, dass mehr junge Leute als heute die öffentlichen Angelegenheiten für ihre Angelegenheiten halten. Denn über welche Themen wir auch immer reden, ob über den Arbeitsmarkt, unsere sozialen Sicherungssysteme oder die Zukunft eines vereinigten europäischen Kontinents in einer globalen Welt: Wir verhandeln hier nicht abgehobene, abstrakte Fragestellungen, wir verhandeln über die Zukunftsperspektive von lebenden Menschen. Und niemand ist von diesen Zukunftsperspektiven mehr und länger betroffen als die heute junge Generation. Im Übrigen gilt für jede Generation: Politik kann immer nur so gut sein, wie die Leute, die sich für das Gemeinwohl zur Verfügung stellen. Jeder, der sich für die Politik für zu gut hält, muss wissen, dass er sie damit anderen überlässt, die er selbst für schlechter hält. Buh-Rufe von den Zuschauerrängen sind zulässig, ersetzen aber nicht das eigene Engagement.

Roman Herzog, unser früherer Bundespräsident hat einmal gesagt: „Es gibt viele demokratische Tugenden, Bequemlichkeit gehört nicht dazu!“ Das ist schlicht, aber klug formuliert. Es gilt nicht nur für das Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat, es gilt auch für das Verhältnis der Politik gegenüber der Gesellschaft. Es gilt im Übrigen auch für das Verhältnis von Parlamenten ge-

genüber Regierungen. Die erste demokratische Tugend ist Verantwortung: Verantwortung für sich selbst und Mitverantwortung für das eigene Land. Parlament und Parlamentarier müssen diese Verantwortung beispielhaft wahrnehmen. Das gelingt nicht immer, schon gar nicht gelingt es immer gleich gut, aber es muss immer wieder neu versucht werden – ernsthaft, entschlossen, leidenschaftlich.

Schlösser sind schön, Demokratien sind wichtig. Wenn man, wie hier,

das eine mit dem anderen verbinden kann, ist das hoffentlich eine doppelte Motivation. Jedenfalls gilt meine herzliche Gratulation allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern, deren Anliegen hier vertreten werden. Meine guten Wünsche gelten Ihnen und Ihren Nachfolgern, die an dieser Stelle dieses anspruchsvolle Mandat wahrnehmen – im wörtlichen und übertragenen Sinne des Wortes. Dazu wünsche ich Mut, Kraft, Toleranz, Entschlossenheit, Selbstbewusstsein und Demut.



Zum Abschluss der Feierstunde erklingt die Nationalhymne.



Herausgeber: Landtag Brandenburg,  
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Fotos: Landtag Brandenburg/Stefan Gloede

Satz und Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.



**Landtag Brandenburg**  
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-0  
Fax 0331 966-1210  
post@landtag.brandenburg.de  
www.landtag.brandenburg.de